

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5969. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt O m. b. H.).

NUMMER 163 B

BERLIN • Donnerstag, den 14. Juli 1932

1. JAHRGANG

Freundschaft zwischen SA und Polizei. Schikanen gegen links. / Arbeitszuchthaus droht!

S. K. Berlin, 12. Juli.

Am Montag abend nach 24 Uhr ging ich mit einem Genossen, der das Antifa-Abzeichen trug, die „Spandauer Brücke“ entlang. Plötzlich trat ein Mann auf uns zu, ein ausgesprochen Verbrechertyp in SA-Hose und hohen Schnürstiefeln, um dem Genossen das Abzeichen abzureißen. Ich lief zu einem Schupo am Hackeschen Markt und forderte ihn auf, den SA-Mann festzustellen. Der SA-Mann verfolgte mich, erreichte mich jedoch nicht, weil ein Radfahrer sich dazwischen stellte. Ich kam mit dem Schupo, während der Nazi die Straßenpassanten anpöbelte. Der Schupo forderte mich und ihn auf, zur Wache mitzukommen. Der SA-Mann redete in einem fort: die Judenlummels sollte man verhaufen und nach Galizien schicken; wir hätten ihn angegriffen u. s. v.

Auf der Wache war ein lebhafter Verkehr von uniformierten Nazis; in einem Nebenzimmer sprachen einige von ihnen mit den Beamten. Ein Mann in Zivil kam hinzu und erbot sich für die Nazis Zigaretten zu holen. Es war ein

ständiges Kommen und Gehen der Nazis, bis schließlich der verantwortliche Beamte sagte:

„Nun geht doch mal endlich nach Hause.“

Die SA-Leute, lauter junge Menschen (16 bis 18 Jahre etwa), gingen erst noch ins Nebenzimmer, wo die Unterhaltung mit den Schupos stattfand und verabschiedeten sich dort mit „Heil Hitler!“

In das Nebenzimmer war der SA-Mann gebracht worden, der mich verfolgt hatte. Ich hörte nichts weiter, als daß der Verantwortliche in das Zimmer hinüberrief:

„Stellen Sie die Personalien fest!“

Mir wurde nur gesagt:

„Sie fühlen sich doch nicht bedroht! Gehen Sie nach Hause und schlafen Sie mal aus!“

Damit meinte dieser Herr offenbar, unser Freund sollte über die SA-Gefahr wegschlafen — so wie Severing und Kollegen.

AUS DEM INHALT:

Der Generalstreik wächst.
Klassenkampf, Sprengstoff
und Reichsgericht.

Kinder hungern.

Der Bürgerkrieg hält an.

„Funke“ gegen Funke.

Arbeiter und Bauern in Persien.

Vor neuen Schikanen gegen die Arbeiterschaft!

Hk. Papens Lausanner Sorgen sind einstweilen in den Hintergrund getreten, das Reichskabinett hat beraten, und am Mittwoch fahren Papen und Gayl nach Neudéck. Auf zu neuen Taten!

In welcher Richtung liegen sie?

Die Nazis haben mit ihrer erhöhten Gefechtsfähigkeit seit Sonnabend zum richtigen Zeitpunkt der Regierung Papen eine Vorbereitungsarbeit für ihre Maßnahmen geleistet. Das Anwachsen der Bürgerkriegstätigkeit der Nazis wird von der Rechtspresse mit einem Geheul um scharfe Maßnahmen gegen die KPD begleitet. Ueber die Absichten der Reichsregierung berichtet der „Bayerische Kurier“, eine, wie die Erfahrung der letzten Zeit mehrfach bewiesen hat, über die Pläne der gegenwärtigen Machthaber gut unterrichtete Zeitung folgendes:

„Wenn auch die Innenminister der Länder eine klare Auskunft über die Absicht des Reiches nicht erhalten haben, so hatte man damals doch ganz allgemein den Eindruck, daß das Reich die schärfsten Maßnahmen gegen die Kommunisten in Aussicht genommen hatte. Inzwischen dürften die maßgebenden Herren des Kabinetts Papen eingesehen haben, daß sie mit einem Verbot der kommunistischen Partei sehr wenig und vielleicht das Gegenteil von dem erreichen würden, was sie beabsichtigen. Gegenwärtig spricht man jedenfalls in erster Linie von Maßnahmen der Länder gegen kommunistische Ausschreitungen und betont nur nebenbei, daß das Reich mit eigenen Maßnahmen nicht zögern würde, falls sich solche Maßnahmen als notwendig erweisen würden.“

Und wie zum Hohn über Severing hat Herr von Gayl den sozialdemokratischen Parteivorstandsmitgliedern Wels und Breitscheid, die ihm am Dienstag neue Mappen mit Material über die Aktivität der SA gebracht haben, erklärt:

„Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sei zunächst Sache der Landesbehörden. Das Reichskabinett werde, nachdem nunmehr der Reichskanzler zurückgekehrt sei, zu der innerpolitischen Lage alsbald Stellung nehmen. Die Wiedereinführung des Uniformverbots lehnte der Minister ab.“

Nachdem durch Reichsnotverordnung den Polizeiministern der Länder ihre Aufgabe ungeheuer erschwert worden ist, sagt Herr von Gayl: die Ruhe und Ordnung muß ihr aufrechterhalten — „zunächst!“ Ueber seine weiteren Absichten hat er sich gegenüber Wels und Breitscheid natürlich nicht geäußert.

Das besorgt die Regierungspresse, vor allem die dem Reichwehrministerium nahestehende „Berliner Börsenzeitung“. Am Dienstag abend widmet sie einen Leitartikel dem Ruf nach dem Reichskommissar für Preußen:

„Man ist sich mehr denn je bewußt“ — so schreibt sie — „daß das nunmehr wieder vollzählig versammelte Reichskabinett, wenn überhaupt, dann jetzt daran gehen muß, gegen die passive Resistenz der zentromarxistischen Parteien und Länderregierungen etwas Durchgreifendes und Entscheidendes zu unternehmen.“

Die „Börsenzeitung“ wendet sich dann gegen die „Gesundbetertaktik“ der „Vossischen Zeitung“. Deren Gebete gingen dahin, „daß sich das Reichskabinett... dafür entschieden habe, in Preußen alles beim alten zu lassen“; daß „das Reichskabinett durchaus davon überzeugt sei, daß die Länderpolizei vollständig zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung genüge und daß insbesondere der preußische Polizeiparagraf gut funktioniere.“ Mit dem Wort: „Gesundbeten“

Zentrum bereitet Nazi-Koalition vor.

Die Schwarzen finden ihre Klassengenossen / Die christliche Arbeiterschaft gehört in die Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Das Zentrum wird den Weg zu seiner Beteiligung auch an einem nationalsozialisierten Staatswesen zu finden wissen.

In Hessen ist die Verständigung zwischen Zentrum und Nazis jetzt so weit gediehen, daß über die Besetzung der Regierungsposten eine Einigung erzielt worden ist: der Posten des Staatspräsidenten, der das Innen- und Kultusministerium mit verwalten wird, ist den Nazis zugewilligt worden, während das Finanz- und Justizministerium ein Zentrumsmann übernehmen soll. Die Landtagssitzung, in der der Staatspräsident gewählt werden soll und die für Donnerstag angesetzt war, ist jedoch verschoben worden. Nach einer Mitteilung der Telegraphen-Union will man diese Wahl bis nach dem 31. Juli verschieben.

Die Koalitionsvereinbarung zeigt die Nazis als den stärkeren Partner: die Ministerien, auf die sie Wert legen (Ministerpräsident und Inneres), sind ihnen zugewilligt worden, während zur Verwaltung des für die Nazis unangenehmen Ministeriums: des der Finanzen, sich das Zentrum bereit erklärt hat.

Die Taktik des Zentrums ist: wir wollen jedenfalls unsere Finger dazwischen haben — wenn nicht an entscheidender, dann zunächst an bescheidenerer Stelle.

Hugenberg hat dies erkannt und das erfüllt ihn mit Besorgnis. Welche Rolle soll dann seiner Partei, z. B. bei einer Koalition NS-Zentrum im Reich oder in Preußen, zukommen? In einer Wahlrede in Münster hat er sich über seine Sorgen folgendermaßen geäußert:

„Die Vorgänge im preußischen Parlament ließen die Befürchtung aufkommen, daß nach den Reichstagswahlen unter Umständen eine Koalition zwischen Zentrum und NSDAP in Frage komme. Dies müsse als die größte Gefahr angesehen werden, und im Zusammenhang damit sei ein scharfes Wort gegen das Zentrum nicht zu vermeiden. Das Zentrum sei nicht die stärkste, aber die skrupelloseste Partei. Wenn keine Mehrheit der Nationalen Opposition komme und der Nationalsozialismus mit dem Zentrum eine Koalition eingehe, richte er sich selber zu Grunde, was sehr zu bedauern wäre, weil Nationalsozialismus und Deutschnationale die Pflicht und Schuldigkeit hätten, gemeinsam Deutschland wieder in Ordnung zu bringen.“

Die Sorge Hugenbergs, daß das Zentrum auch im Reich oder in Preußen zu einer Nazikoalition bereit sein werde, ist zweifellos berechtigt. Ebenberichtet der „Regensburger Anzeiger“ angeblich falsche Pressenachrichten, die über eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held in Pirmasens in Umlauf gesetzt worden sind. Die Berichtigung enthält den Satz: „Eine Bemerkung von der Deutschfeindlichkeit der nationalsozialistischen Partei hat aber der Ministerpräsident Dr. Held nicht gemacht.“

Welche Zartheit des Taktos gegenüber dem Rivalen zeigt mit dieser Berichtigung selbst der in letzter Zeit mit Taten gegen die NS am schärfsten hervorgetretene führende Katholik! Von Taten gegen die Nazis hört man nichts mehr aus bayerischen Regierungskreisen. Wird der bayerische Katholi-

zismus, in engerer Fühlung mit dem Vorgehen des Zentrums im Reich und in Preußen, die Wahrung seiner Interessen jetzt auf anderem Wege versuchen?

Auch die jetzige Taktik des Zentrums, sich auf die Seite der Nazis zu schlagen, eröffnet für die von uns und von vielen gewünschte Einheitsfront der Arbeiterschaft neue Ausichten, ja auch sie macht diese Einheitsfront darüber hinaus zur Forderung der proletarischen politischen Taktik. Man braucht nur zu bedenken, was etwa jetzt, wenn der mehr oder weniger feste Zusammenhang zwischen Nazis und der Zentrumspartei nach außen deutlich sichtbar wird, eine geschlossene Front der Arbeiterschaft für eine Anziehungskraft besäße für die millionenstarke Arbeiterwählerschaft des Zentrums. Es ist sowieso ein Zeichen von Schwäche bei der proletarischen Klassenpolitik, daß es der organisierten Arbeiterschaft bisher noch nicht gelungen ist, die Zentrum wählenden Arbeitergenossen des Ruhrgebiets, Rheinlands und Oberschlesiens — von anderen nicht zu reden — aus den Fängen dieser opportunistischen Bürgerpartei zu lösen. Für diese Arbeiter ist aber der heutige Zustand der sozialistischen Arbeiterbewegung gewiß keine Empfehlung, sich dieser Bewegung anzuschließen.

Diese Arbeiter können zum Anschluß an die sozialistische Arbeiterbewegung nur dadurch gebracht werden, daß man ihnen durch Taten beweist, daß ihre Interessen, sowohl die materiellen als auch die ideellen, innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht nur ebenso gut, sondern sogar weit besser gewahrt werden als innerhalb der katholischen Gemeinschaft von Papen, Klöckner, Brüning und der Kumpels unter dem Segen einer herrschsüchtigen Priesterkaste.

Katholische Wandlungsfähigkeit.

Vor etwa einem Jahr meldeten die katholischen Zeitungen mit Entrüstung die schlechte Behandlung der Organisationen der Katholischen Aktion in Italien. Ein erregtes Hin und Her zwischen dem Papst und Mussolini, Straßenkämpfe zwischen Anhängern der Katholischen Jugendverbände und faschistischen Organisationen, ein Klageschreiben des Papstes an die ganze Welt. Der damalige Zustand ähnelte dem jetzt bestehenden zwischen katholischen Priestern und den Nazis in Deutschland.

Jetzt berichtet der italienische Berichterstatter des katholischen „Bayerischen Kuriers“:

„Das freundschaftliche Verhältnis zwischen der italienischen Katholischen Aktion und der faschistischen Partei, das durch das vorjährige Abkommen geschaffen wurde, wird jetzt schon als eine Selbstverständlichkeit empfunden. Reibungslos und harmonisch arbeiten beide Organisationen nebeneinander und auch miteinander. Gewisse Unklarheiten, die hie und da noch über die Fahnenfrage bestanden, sind durch eine Anordnung des Zentralamtes der italienischen Katholischen Aktion endgültig geklärt worden: die Vereinsfahne ist die italienische Trikolore.“

ist solch Beurteilung der politischen Lage durch die „Vossische Zeitung“ in der Tat erschöpfend gekennzeichnet.

Die „Börsenzeitung“ rät der Reichsregierung, nicht mit Dementis gegen die Unterstellungen der „guten Tante Vob“ zu Felde zu ziehen:

„... Wozu schließlich viele Worte machen, wenn man die Möglichkeit hat, mit Taten zu antworten, die jedes tendenziöse Lügengebäude... mit einem Schlag zum Einsturz bringen müssen!“

Wir glauben zu wissen, daß sich das Kabinett bereits grundsätzlich zu solchen Taten entschlossen hat, zu einem umfassenden und durchschlagenden Eingreifen

in jene Zustände, deren Beseitigung aus sachlichen und politischen Gründen, vor allem aber im Interesse der Reichsautorität immer dringender wird. Die Form, in der dieses Eingreifen erfolgen soll — eine Frage, die vom Reichskabinett offenbar noch diskutiert wird — ist u. E. nicht so wichtig. Hauptsache ist, daß rasch gehandelt wird, so oder so ...“

Diese klare Parole für Neudeck hatte die „Börsenzeitung“ in der Morgennummer vom gleichen Tage auf anderthalb Seiten großen Formats mit Ausführungen über die preußische Schutzpolizei vorbereitet. Darin ist die Rede von den „auf Grund der Parteizugehörigkeit ausgewählten“ Polizei- und Regierungspräsidenten; vom „Klassenkampf-Verband der Schutzpolizei“ — das ist der Verband Preußischer Polizeibeamter — von kommunistischer Terrortätigkeit und von der vom Berliner Polizeipräsidenten angeblich erteilten schriftlichen Erlaubnis zu Großkaliber-Schießübungen kommunistischer Sparten; von den „Schüssen, die ... in Ohlau revoltierende Reichsbannerhelden auf Reichswehrsoldaten abfeuerten.“ (Ueber Schüsse von Ohlau berichten wir an anderer Stelle dieser Nummer.)

Von Winterfeld, Vorsitzender der deutschnationalen Preußenfraktion, hat in einer Unterredung mit von Papen „angesichts der Vorgänge in Ohlau und anderen Orten schärfstes Eingreifen der Reichsregierung in Preußen wegen der immer bedrohlicher werdenden Bürgerkriegsgefahr gefordert.“ Und ein anderer führender Deutschnationaler, der mecklenburgische Minister von Michael forderte am Dienstag in einer Berliner Kundgebung:

„Nur ein Reichskommissar werde dem heillosen Wirrwarr in Preußen, dem Verbrechen gegen Sicherheit und Ordnung auf der Straße Halt gebieten können.“

Natürlich muß man mit der Macht, die man in Preußen übernehmen will, etwas anzufangen wissen. Bestimmter: man muß sich überlegen, was man mit den Hungernden macht. In diesem Zusammenhang sind die Pläne zum Arbeitsdienst von Bedeutung, über die das Reichskabinett beraten hat.

Der Entwurf des Reichsarbeitsministers bewegt sich „in Aufbau und Tendenz ungefähr in der Richtung, wie sie der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler in einem ... Vortrag in der Leipziger Universität gestern näher entwickelt hat“ — so weiß die „Berliner Börsenzeitung“ vom Mittwoch morgen zu berichten.

Ueber „Aufbau und Tendenz“ dieser Pläne hat Goerdeler die folgenden Grundsätze vertreten:

„1. Der Arbeitsdienst wird da wertvolle Wirkung leisten, wo er sich aus der Freiwilligkeit entwickelt. Je umfassender, desto wohltätiger.“

Eine Möglichkeit zur Befreiung vom Dienste am Volke, etwa vom 18. bis 30. Lebensjahr, dürfe nur körperliche Unfähigkeit darstellen. Eine Form des Loskaufes dürfe es nicht geben. Umfaßt müßten werden alle Jugendlichen, nicht nur die Arbeitslosen

im technischen Sinne. In der öffentlichen Verwaltung erhalte nur der einen Arbeitsplatz, der am Arbeitsdienst einmal teilgenommen habe.“

„2. Der Dienst dürfe sich nicht beschränken auf körperliche Arbeit,

eingeeordnet müsse sein die geistige Erziehung. Dazu trete disziplinierte körperliche Bewegung, alles bei ein-fachster Lebenshaltung.“

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

29)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

„Diese Ideen haben wir doch schon mal gehört. Bucharin hat uns vor vier Wochen dasselbe erzählt!“

„Das ist revolutionäre Gymnastik!“ ruft Barth.

Liebknacht beachtet den Einwurf nicht. Er redet weiter — die Augen wieder unverwandt geradeaus gerichtet. Auf seinem Gesicht, über seinem Körper ist eine Starre ausgebreitet, die Besessenheit einer Idee: die breite Masse, die in gepferchten Mietskasernen wohnt, die um Hungerrationen Schlange steht, die in den Fabriken für den Profit front, diese ganze große Masse muß in Bewegung gebracht werden, und die Revolutionäre können bei diesem Prozeß nur der Sauer-teig sein. Die einzelnen und auch die Obleute müssen untergehen in den Massen, um sie von innen her zu revolutionieren. Liebknacht redet sich in immer größerer Begeisterung hinein. Er entzündet sich an der Idee des marschierenden, alle Fesseln sprengenden Volkes. Jeden seiner Gedanken bekräftigt er mit der ihm eigenen Bewegung seiner Lippen.

„Darum sage ich Ihnen und fordere von Ihnen, zu beschließen, daß morgen im Anschluß an die stattfindenden Versammlungen Straßendemonstrationen stattfinden! Und nicht nur Straßendemonstrationen, sondern Straßendemonstrationen mit der Parole der allgemeinen Bewaffnung! Es wird zu Zusammenstößen mit der Polizei kommen; es wird Blut fließen — es werden Verhaftungen erfolgen! Dies wird Proteststreiks auslösen! Die Ludendorffs und die Scheidemann werden sie zu unterdrücken suchen! Neues Blutvergießen, neue Verhaftungen, Solidaritätskundgebungen, größere Streiks, Streiks in neuen Orten, neue Demonstrationen brutaler Unterdrückung, gewaltigere Ausdehnung des Kampfes, Anschwellung der revolutionären Energie, der revolutionären Tatkraft, revolutionärer Straßenkampf, Desorganisation im Heere und zuletzt Revolution! So und nur so allein erfolgt revolutionäre Schulung, erfolgt der revolutionäre Sieg ...“

Immer noch ein Satz, begleitet von dem mechanischen Taktschlag seiner linken Hand. Liebknacht glaubt an dieselben Massen, die Barth nur von ihren schlechten Seiten

„3. Die Führer der einzelnen Arbeitslager müßten aus dem Arbeitsdienst selber hervorgehen.“

„4. Die Gruppen, deren Erfassung bei den Kreisen und Ämtern geschehe, dürften nicht mehr als 20 bis 40 Mann umfassen. Die Verwaltung müsse möglichst dezentralisiert sein.“

„5. Unter den drei technischen Formen, dem geschlossenen, offenen und örtlichen Lager, stelle die erstere eine kleine Schicksalsgemeinschaft dar.“

„6. Schließlich sei eine zweckmäßige technische Leitung nötig.“

Herr Goerdeler hätte die Prinzipien seines Vor-

Die Japaner provozieren erneut die Sowjet-Union.

e Moskau, 13. Juli.

Nach einer russisch-amtlichen Mitteilung haben 7. Juli Vertreter der mandschurischen Regierung in Begleitung japanischer Ratgeber dem Leiter der Umschlagstelle des Hafens von Charbin, die der chinesischen Ostbahn gehört, mitgeteilt, daß sie die sofortige Übergabe der Schlüssel der Lagerhäuser verlangten. Sie erklärten die Hafeneinfahrt als abgesetzt. Der Leiter der Hafenumschlagstelle erklärte dem japanischen Vertreter, daß er die Schlüssel ohne Erlaubnis des Leiters der chinesischen Ostbahn, Ingenieur Rudy, nicht ausliefern könne. Nach dieser Absage besetzten die Japaner mit Hilfe der mandschurischen Polizei sämtliche Lagerhäuser und alle Schiffe, die der chinesischen Ostbahn gehören.

Wie weiter gemeldet wird, wurden auch mehrere sowjet-russische Barken festgehalten. Das Verhalten der Japaner hat in Moskau große Empörung hervorgerufen. Das Außenkommissariat hat den russischen Generalkonsul in Charbin angewiesen, gegen die Beschlagnahme der Umschlagstelle zu protestieren und zu erklären, daß die mandschurische Regierung für alle Schäden, die der Sowjetunion entstehen, verantwortlich gemacht werde.

b Tokio, 13. Juli.

Der sowjetrussische Botschafter hatte mit dem stellvertretenden japanischen Außenminister eine Unterredung, in der er darauf hinwies, daß die Besetzung der Umschlagstelle in

Charbin durch mandschurische und japanische Beamte einen Bruch des russisch-japanischen Vertrages bedeute, wodurch eine weitere Verschärfung der Lage im Fernen Osten herbeigeführt werde.

ch Tschangschun, 13. Juli.

Von mandschurischer amtlicher Stelle wird erklärt, daß die Beschlagnahme der Umschlagstelle in Charbin auf Grund eines Beschlusses der mandschurischen Regierung erfolgt sei, die ich genötigt sehe, den Schiffsverkehr auf dem Sungari-Fluß zu kontrollieren, um dadurch den japanischen Truppen zu helfen, die Aufstandsbewegung, die besonders in Sachaljan im Gange sei, niederzuschlagen. Die mandschurische Regierung erklärte weiter, daß die Beschlagnahme trotz aller russischen Proteste nicht aufgehoben werden würde.

Die Gefahr des offenen Ausbruchs russisch-japanischer Feindseligkeit ist damit wieder in nächste Nähe gerückt. Von allem anderen abgesehen, was dieser Konflikt auf die Tagesordnung der proletarisch-politischen Bewegung stellt, ist auch er nur wieder ein Anlaß, die proletarische Einheitsfront als zwingende Notwendigkeit zu erweisen. — Seit einigen Monaten ist die Bedrohung der Sowjet-Union aus dem Stadium parteikommunistischer Agitationsphrasen in den Bereich der naheliegenden Möglichkeit gerückt.

Der Generalstreik breitet sich aus.

Die sozialistischen Gewerkschaften in Brüssel sprachen sich für den Generalstreik aus, der inzwischen bereits außer in Charleroi auch in Nivelles zum Ausbruch gekommen ist. In Charleroi kam es zu starken Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Streikenden, zahlreiche Personen wurden verletzt, 200 verhaftet. Auch zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten kam es erneut zu kämpfen.

Die Kommunistische Internationale hat einen Aufruf an das Proletariat aller Länder erlassen, in dem sie zur Unterstützung der streikenden belgischen Genossen auffordert.

In den Kohlengruben von Lüttich und Seraing ruht die Arbeit fast vollständig.

Die Forderungen der Streikenden.

Die Streikenden kämpfen für die folgenden Forderungen: Alle in der jüngsten Zeit entlassenen Arbeiter sind wieder einzustellen; die Regierungsverordnung, die scharfe Bedingungen für die Erwerbslosenunterstützung festsetzt, ist zurückzuziehen; die Brotsteuer ist abzuschaffen, die Hausmiete für Erwerbslose herabzusetzen; vorhandene Arbeitsgelegenheit ist unter Mitwirkung der Gewerkschaften unter den Arbeitern gerecht zu verteilen. Schließlich werden noch die Auflösung des Parlaments und sofortige Neuwahlen gefordert.

Die belgische Kammer erörterte am Dienstag eine sozialistische Interpellation über den Streik im Kohlenberg-

bau. Die Regierung teilte mit, daß sie am Mittwoch die Besprechungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder in die Wege leiten werde.

Arbeitsdienstpflicht-Pläne.

(ITF) Die österreichische Regierung untersucht einen von den Nazis angeregten Plan über die „Arbeitsdienstpflicht“ zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Kompagnien der zu bildenden „Friedensarmee“ sollen u. a. im Bahnbetrieb, im gesamten Bahnunterhaltungsdienst, im Stationsdienst und für Werkstättenarbeit verwendet werden und somit den Abbau einer großen Zahl von Eisenbahnbahndienststellen ermöglichen. Jeder Mann dieser Arbeitskompagnien soll 0,50 Schilling (100 Schilling = 52 RM) pro Tag bekommen. Eine solche Neuheit würde gleichbedeutend mit Zwangsarbeit sein.

Die 12 000 Mark-Grenze für Gehälter und die 15 000 Mark-Grenze für Einkommen wurde im Stuttgarter Gemeinderat mit den Stimmen der KP, SP, des Christlich-sozialen Volksdienstes und der Nazis angenommen. Wichtiger als dieses — weiß der Teufel, aus welchen Rücksichten entspringende — Verhalten der Nazis, ist ihr Verhalten neulich im Hauptaus-schuß des preußischen Landtags. Als dort die Kommunisten die 12 000 Mark-Grenze für alle Einkommen forderten, enthielten sich die Nazis der Stimme.

her kennengelernt hat, die 1914 „Hurra“ riefen, die sich nur schwer wieder in Bewegung setzten und zu wirtschaftlichen Streiks aufriffen, die jede Niederlage hilfloser machte. Barth hat die Massen in ihren erbärmlichsten Zuständen kennengelernt — in überfüllten Mietskasernen, in Heilstätten, in kriminellen Abteilungen der Strafanstalten.

Und er überträgt seine bitteren Erfahrungen auf die breiten Volksschichten und glaubt nicht, daß sie jemals freiwillig für ideale Forderungen marschieren werden. Sie müssen im geeigneten Moment gezwungen und angeführt werden wie Soldaten. Zu diesem Zweck ist die Organisation der revolutionären Obleute aufgebaut worden. Das ist die Rolle, die Barth ihnen zugedacht hat.

Barth steht auf:

„Wie 1914 darf es nicht wieder kommen — die Führer fielen um, und die Massen fielen hinterher. Es ist nach meinem Dafürhalten einige Minuten vor zwölf, und es wäre wahnwitziger Dilettantismus, wollten wir jetzt dem Gegner unsere Vorbereitungen verraten, ihm damit die Möglichkeit geben, uns niederzuschlagen und so unsere Aktionsfähigkeit vergebend, um in der Stunde, da es zu handeln gilt, am Boden zu liegen! Genossen, ich appelliere an Ihre Vernunft! Losschlagen ja; aber nicht zu früh und nicht zu spät.“

Liebknacht wendet sich noch einmal an die Obleute:

„Ich bitte Sie, prüfen Sie meine Vorschläge, meine Forderungen, und entscheiden Sie in meinem Sinne. Die Stunde gebietet, nicht zu wagen den entscheidenden Endkampf, das ist Utopie! Sondern zu wagen den Beginn der Kämpfe, der wahrhaft revolutionären Kämpfe, den ersten Kampf, der die andern, sich immer steigenden, den Sieg verbürgenden, im Schoße trägt!“

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“

Kiel.

29. Oktober 1918!

Am selben Abend, an dem der Kaiser von Berlin ins Hauptquartier flüchtete, zur selben Stunde, da Karl Liebknacht in der Sitzung der Revolutionären Obleute das Wort nahm und zum-

Lest
P
L
I
V
I
E
R



revolutionären Massenkampf aufforderte, erhielt die deutsche Hochseeflotte den Befehl zum Auslaufen.

„Hochseestreitkräfte sollen zum Schlagen gegen englische Flotte eingesetzt werden!“ lautete die von Admiral v. Scheer aus dem Großen Hauptquartier übermittelte Ordre an den Flottenchef. Der Flottenchef ließ die Geschwaderchefs zu einer Besprechung auf sein Flaggschiff kommen. Und die zu ihren Formationen zurückgekehrten Geschwaderchefs riefen die Kommandanten und Offiziere ihrer Schiffe zusammen und teilten ihnen mit: „Die Hochseestreitkräfte sollen auslaufen und nach dem Englischen Kanal vorstoßen, um den rechten Flügel der deutschen Front zu entlasten. Stoßen wir dabei auf die englische Flotte, nehmen wir den Kampf auf!“

Die Aufklärungsgeschwader sind schon ausge-laufen.

Die Linienschiffgeschwader liegen noch im Jadebusen vor Anker.

Vier Geschwader, zweiunddreißig Schiffe mit 30 000 Mann Besatzung. Auf Schilligreede, am äußersten Flügel der Flotte, liegen die zum III. Geschwader gehörenden vier Schiffe der schnellen Division: der „König“, der „Kronprinz“, der „Markgraf“, der „Große Kurfürst“.

Wie auf den anderen Schiffen sind alle Lichter nach außen abgeblendet. Die Matrosen liegen auf den linoleumgedeckten Böden der Kasematten, oder sie hocken im Schein der elektrischen Lampen hinter den geladenen Kanonen. Ihre Stiefel und Kleider haben sie anbehalten. Sie warten, wie sie viereinhalb Jahre lang gewartet haben. Sie warten — auf den Morgen oder auf ein Ereignis.

Anders die Heizer, die haben zu tun.

„Dampfmaschinen für zwölf Meilen Marschfahrt!“ ist von der Brücke her durchgesagt worden. 20 Kessel hat das Schiff, 200 Quadratmeter Rostfläche mit 60 Feuerlöchern. Davor stehen die Heizer der Wache, mit Schürhaken und mit Schaufeln. Sie werfen auf, schüren die Glut, fischen Schlacken. Die Trimmer schleifen Kohlen heran. Die halbnackten Leiber sind rot überglüht. Auf die vom Kohlenstaub überpuderte Haut zieht der Schweiß weiße Rinnen. (Fortsetzung folgt.)

Die Göttinger „Unruhen“.

F. K. In der deutschnationalen und nationalsozialistischen Presse ist vor einigen Tagen in großer Aufmachung von „Göttinger Unruhen“ geschrieben worden. Damit hat es folgende Bewandnis:

Jeder, der in Göttingen nur einen Tag verlebt, wird feststellen können, daß die Straßen Tag für Tag bis in die frühen Morgenstunden von SA- und SS-Trupps provoziert durchzogen werden, besonders die Hauptstraßen. Daß es früher nicht zu Ausschreitungen kam, ist nur dem Verhalten der Arbeiterschaft zu verdanken, die lieber von der Straße blieb, um den braunen Schlachtergesellen, die das Messer nach bayrischer Art im Stiefel stecken haben, keine Gelegenheit zum Arbeitermord zu geben.

Am 29. Juni abends zeigte sich jedoch ein kleiner Trupp Reichsbannerkameraden in Uniform in den Straßen. Sie wurden ahnungslos von Nazis überfallen, blutig geschlagen und in den Straßen verfolgt wie Freiwild. Die Polizei „hat nichts davon gesehen“.

Als aber später etwa 200 Arbeiter unter dem Gesang der „Internationale“ auf beiden Seiten des Bürgersteigs zum Protest in die Hauptstraße der Stadt zogen, war die Polizei sofort zur Stelle und prügelte auf die Menschenmenge ein. Alles lief durcheinander; mancher hat den Gummiknüppel zu spüren bekommen und wußte nicht, warum. Kleinere Schlägereien, wie sie in der Erregung leicht entstehen, schlossen sich an. Das war der Anfang der „Göttinger Unruhen“.

Die Ereignisse des 29. Juni trugen dazu bei, daß die Einheitsfront der Arbeiter unter der Führung des ADGB-Ortsausschusses zustande kam. Bereits am 2. Juli marschierten über 1500 Arbeiter in einem gut disziplinierten Demonstrationzug durch die Stadt. Kurz vor Beendigung des Demonstrationzuges wurde ein Nazi-Student mit einem Spazierstock verprügelt. (Hierfür erhielt der Kommunist Fischbach vom Schnellgericht die überaus harte Strafe von einem Jahr Gefängnis. Bei wem die Schuld liegt, ist schwer festzustellen; einer beschuldigt den andern.)

Die Erregung bei den Spießbürgern und der Polizei-Behörde über den roten Aufmarsch in Göttingen war so groß, daß man in den nachfolgenden Tagen mehrere Verhaftungen vornahm, die Verhafteten aber fast alle wieder freilassen mußte. Das war vorläufig das Ende der „Göttinger Unruhen“.

Der Berliner Universitätsrektor erhält politischen Unterricht.

Am 1. Juli hatten die verschiedenen Studentengruppen an der Berliner Universität dem Rektor schriftlich erklärt, sie „seien gewillt, den Burgfrieden in der Universität zu halten, damit der geregelte Lehrbetrieb aufrechterhalten werden kann, und sie hätten die feste Absicht, sich aller Provokationen zu enthalten“.

Wir schrieben damals: „Was die Nazis angeht, so ist mit dieser Verpflichtung... nichts gewonnen. Der Rektor hat eine Handhabe, den Streit zu schlichten, ohne durchzugreifen — das ist alles. Die Nazis werden dann beim nächsten Mal wieder um einen Grad frecher auftreten.“

Dieses Urteil hat sich rasch bestätigt: nachdem am Sonntag ihre SA-Kameraden im ganzen Reich sich als aktiv erwiesen hatten, wollten offenbar die Nazi-Studenten nicht zurückstehen.

Den Anlaß zum Beginn des Streits bot das nächtliche Verschwinden der Schleifen von einigen Kränzen, die am

Der Bürgerkrieg hält an.

Wann wird das zweibeinige Gelbkreuz abgeschafft?

Die Meldungen über Unruhen in Deutschland nehmen im Augenblick den Charakter von Kriegsberichterstattungen an, sowohl nach Anzahl der Unruhen als auch nach der Schwere der Zusammenstöße.

Unruhen sind gemeldet worden aus Berlin, Börnicke b. Neuruppin, Düsseldorf, Heidenheim, Heilbronn, Köln, Krefeld, Küstrin, München, Niederschöneweide, Nürnberg, Rathsdammnitz (Pommern), Steeden bei Limburg, Schwerin, Wrietzen und Wuppertal.

Bei allen diesen Unruhen, die sich zum Teil anschlossen an politische Demonstrationen, zum Teil durch Ueberfälle politischer Gruppen auf politische Gegner entstanden, sind vorläufig Tote nicht zu beklagen gewesen.

Ein genaues Bild über die tatsächlichen Hergänge bei den Schlägereien läßt sich nur in ganz wenigen Fällen ermitteln — die rechte Presse berichtet selbstverständlich fast ausnahmslos, daß die Ueberfälle von Kommunisten oder Reichsbannerleuten auf Nazis unternommen worden seien.

Die Kampfleitung der „Eisernen Front“ der Nordmark hat an Herrn von Gayl und Herrn Severing Protesttelegramme geschickt, in denen sie das Eingreifen der Staatsgewalt verlangt, da sonst der Bürgerkrieg unvermeidlich sei. Nach der Nordmark sind also offenbar noch keine Berichte über den seit mehreren Monaten tobenden Bürgerkrieg gedrungen.

Es ist gewiß nicht leicht, über die Schuldfrage in Einzelfällen zur Klarheit zu kommen. Daß aber die Bürgerkriegsarmee Hitlers den großen und tieferen Anstoß für alle diese Unruhen gegeben hat, kann für niemanden zweifelhaft sein; denn gerade seit der Wiedererstedung dieser organisierten Banden häufen sich die Unruhen ganz außerordentlich. Das ist auch leicht erklärlich; denn die SA hat nur den Zweck und kann ihn auch nur haben, die mit Recht empörten Arbeiter, die sich vielleicht gegen die planmäßige Ausplünderung zur Wehr setzen könnten, niederzuschlagen.

Ueber die schweren Zusammenstöße in Ohlau, die bisher insgesamt vier Todesopfer und zwanzig Schwerverletzte im Ge-

folge hatten, erfahren wir nachträglich von sozialdemokratischen Berichterstattern:

„An Hand von Listen versuchten die Hakenkreuzler in die Wohnungen bekannter Funktionäre der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und des Reichsbanners einzudringen. In der Oderstraße feuerten sie durch den Türrahmen einer sozialdemokratischen Frau fünf Schüsse in den Leib. In einem anderen Falle erhielt eine Frau, ebenfalls durch die Tür, einen Brustschuß. Ueber den Gewerkschaftssekretär Manche fielen, wie vom ADGB Ohlau mitgeteilt wird, mehrere hundert Nazis her. Manche erhielt einen Stich in die Leber, einen in die Nieren, Stiche in den Hals und eine klaffende Wunde über dem Schädel. Ferner wurde ihm der Mund bis an die Ohren aufgeschnitten, auch mehrere Zähne wurden ihm ausgeschlagen. Manche liegt gegenwärtig in einem Breslauer Krankenhaus in bedenklichem Zustand darnieder. Der Kreisleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Strulik, wurde von einem Haufen Nazis mit Knüppeln niedergeschlagen. Etwa 1500 Nationalsozialisten belagerten den Schloßpark und durchsuchten dort alle Personen nach Waffen. Die Nachricht, daß das Ortssekretariat des ADGB von den Nazis gestürzt und demoliert worden sei, hat sich nicht bewahrheitet.“

Die Aktion der Reichswehr setzte gegen 23 Uhr ein. Das Militär rückte mit Stahlhelm und aufgepflanztem Seitengewehr an und räumte unter Anwendung der Schußwaffen erbarmungslos die Straßen.

Die Rechtspresse benutzt die tragischen Vorfälle in Ohlau zu einer neuen Hetze gegen die Eisernen Front. Die deutschnationalen und nationalsozialistischen Blätter schreiben schon jetzt, das Reichsbanner hat schuld. Wie unsinnig diese schmutzige Verleumdung ist, geht schon daraus hervor, daß nur etwa 50 Reichsbannerleute insgesamt 2500 SA-Leuten gegenüberstanden.“

Selbstverständlich berichtet die Nazipresse das Gegenteil. Daß aber die große Anzahl der Nazis von dem so ungleich viel kleineren Trupp der Reichsbannerleute angegriffen worden sein sollte, erscheint auch uns völlig ausgeschlossen.

Sonntag bei der Langemarek-Feier am Denkmal auf dem Hof der Universität niedergelegt worden waren. Ueber dieses Verschwinden erklärt der (republikanische) Deutsche Studentenverband:

„Es besteht aller Anlaß, anzunehmen, daß diese Aktion auf eine planmäßige Provokation der Nationalsozialisten (gemeint ist wohl: Provokation seitens der Nationalsozialisten. Red.) zurückzuführen ist.“

Die Nazis gingen zum Rektor, verlangten das Verbot der linksstehenden Organisationen an der Universität, und machten sich, als der Rektor dieses Ansinnen ablehnte, an die direkte Aktion. Diese begann mit Abreißen von Eisernen Front-Abzeichen und wurde dann rasch zu Ueberfällen und zum Niederschlagen linksstehender Studenten gesteigert.

Der Rektor ließ durch Polizei die Universität räumen und schloß sie.

Er wird sich, wenn er nicht die Entschlußkraft zur Entfernung der prügelnden Elemente von der Hochschule aufbringt, einen Leitz-Ordner anlegen müssen, um die schriftlichen Verpflichtungen zur Einhaltung des Burgfriedens, aka-

demische Ehrenworte der ehrenhaften Nazi-Studenten aufzuheben, die dann alle vierzehn Tage erneuert werden müssen. Im allgemeinen gilt jemand als ehelos, der sein Ehrenwort bricht. Aber das soll wohl durch die NS als deutsche Ehre eingerichtet werden!

Der thüringische Landtag tritt am Freitag zusammen, um nach dem Rücktritt der Regierung über sein weiteres Schicksal zu beraten. Die Sozialdemokraten haben beantragt, ihn aufzulösen und ihn am 31. Juli neu zu wählen.

Fünfzig ehemalige Bürgermeister und Oberbürgermeister wohnen in Bad Godesberg am Rhein. Der fünfzigste ist eben der ehemalige Oberbürgermeister Böß von Berlin geworden.

Begegnungen.

Fürsorgezögling.

Ein junger Mensch, von vielleicht 18 Jahren, mit einem großen Riß in der Hose, abgelaufenen Schuhen und einem offenen, sympathischen Gesicht, fragt mich nach dem Weg. Mein Weg führt an seinem Ziel vorbei. Wir gehen eine Weile nebeneinander. Ich fühle, der Junge hat etwas zu fragen.

Plötzlich fragt er: „Bist du Kommunist?“ „Nein, ich bin Sozialist.“ „Doch kein Sozialdemokrat.“ Ich beruhige ihn. „Wo kommst du denn her?“ „Ich bin eben aus dem Zug gesprungen, der Zug fuhr, und da dachte der Kriminalbeamte ich käme nicht weg.“ „Was hast du denn gemacht?“ „Erwerbslosendemonstration, Hunger hatten wir, Brot und Wurst haben wir genommen; das Ende ist nun die Fürsorge. Aber da gehe ich nicht hin, und wenn sie mich töteten.“ „Und deine Eltern?“ „Vater hat Gefängnis bekommen, er sitzt.“

Er ist am Ziel. „Muß mir neue Flebben besorgen, die alten hat der Kriminalbeamte im Zug. Servus!“

Wegen Brot und Wurst also. Hunger hat so ein junger Mensch. Manchmal fehlen einem Wohlfahrtsempfänger auch ein paar Schuhsohlen. Dann geht es ihm so, wie ich in der „Rheinischen Zeitung“ lese: „Man schreibt uns: Am 2. Mai ging ich zur Wohlfahrtskreisstelle in Deutz und legte dort eine Bescheinigung der Wohlfahrtspflegerin für Leder zum Besohlen meiner Schuhe vor. Die Bescheinigung lautete auf 2 Mark. Von dem Beamten wurde mir erklärt, es sei kein Geld da. In der nun folgenden Auseinandersetzung wußte der Beamte mir keinen besseren Rat zu sagen als: Ziehen Sie sich einen chronischen Tripper zu, dann muß die Wohlfahrt für Sie sorgen. Ich machte von dieser Unterredung sofort meinem Freunde Mitteilung.“

Wenn der Mann sich ein paar Schuhsohlen nimmt, so kommt er ins Gefängnis. Was aber geschieht mit denen, die dem Mann einen solchen Rat zukommen lassen?

Mädchen vom Lande.

„Sind wir jetzt in B.“, fragt mich ein Mädchen in der Vorortbahn. Sie hat über eine Stunde zu fahren und sitzt gerade fünf Minuten in der Bahn. Ich kläre sie auf. Sie kommt aus dem Westerwald und geht als Hausgehilfin in ein katholisches Krankenhaus. „Was bekommst du denn für einen Lohn?“ „Der Pfarrer hat mich geschickt. Ich bekomme vorläufig keinen Lohn, es wäre ja schön, wenn ich Lohn bekäme.“

Ausbeutung. Gerade die Mädchen vom Lande, die in die Stadt kommen, fremd allem städtischen Leben, leiden darunter. Ihnen zu helfen ist Pflicht der Sozialisten.

In der „Rheinischen Zeitung“ (SP) las ich folgendes Inserat:

„Mädchen vom Lande sucht Stelle als Hausgehilfin gegen kleines Taschengeld.“

„Angriff“-Lügen gegen Polizeivizepräsidenten Weiss.

Einige Lügen, die der „Angriff“ über den Polizeivizepräsidenten Weiß von Berlin verbreitet hatte, wurden am Montag vom Berliner Schnellschöffengericht als Lügen festgestellt.

Es handelte sich um die Behauptungen von „Spielnächten in der Villa Krojanker“, an denen Weiß teilgenommen haben soll, und von Konzessionsschiebungen zu Gunsten der Erteilung einer Bauerlaubnis an Krojanker.

Die Beweisaufnahme ergab, daß Weiß einige Male bei Wintergesellschaften im Hause seines Freundes, des österreichischen Konsuls und jetzt in Berlin lebenden Kaufmanns Krojanker, Poker gespielt hat, und daß er — wie er es in vielen anderen Fällen tut, in denen er gebeten wird, sich dieser oder jener Sache persönlich anzunehmen — bei den zuständigen Beamten nachgefragt hat, wie es mit der sich hinauszögernden Bauerlaubnis an Krojanker stünde.

Das ist alles, also nichts in irgend einer Weise Ehrenrühriges.

Das Gericht stellte zwar fest, daß der Wahrheitsbeweis für diese beiden Behauptungen mißglückt sei. Ein Urteil wurde jedoch nicht gefällt: das Gericht will zunächst die anderen Behauptungen des „Angriff“ über Weiß untersuchen. Es sei für die Strafzumessung wichtig, das Ergebnis dieser Untersuchungen abzuwarten; denn wenn sich die anderen Angriffe des „Angriff“ als ebenso haltlos herausstellen würden, dann müßte die Strafe erheblich höher bemessen werden.

So sehr diese Begründung des Hinausschiebens des Urteils nach einer Unterstützung des Verleumdeten gegen den „Angriff“ klingt: es wäre eine kräftigere Zurückweisung der Lügen gewesen, wenn ein Urteil gefällt worden wäre. Die gesamte Nazipresse kann jetzt sagen: kein Urteil wegen Verleumdung wurde gefällt. Hinzu kommt, daß jetzt die Gerichtsferien einsetzen und daß erst nach Monaten die Verhandlung weitergeführt wird, unter politischen Verhältnissen, die dann voraussichtlich für den „Angriff“ noch günstiger liegen werden als heute.

Die 19. Zivilkammer beim Landgericht I bestätigte am Montag nachmittag eine einstweilige Verfügung des Polizei-

vizepräsidenten Weiß gegen den „Angriff“ und erstreckte sie zeitlich unbegrenzt. Nach dieser einstweiligen Verfügung muß der „Angriff“ in Zukunft es unterlassen, u. a. zu behaupten, daß der Berliner Polizeivizepräsident Mitglied mehrerer Spielklubs ist und von dem Reingewinn dieser Klubs finanzielle Vorteile erhält, ferner daß Polizeivizepräsident Weiß der Hauptschuldige der übelsten Korruptionswirtschaft im Polizeipräsidium sei und sich schwerer Vergehen schuldig gemacht habe.

Die Kammer erließ eine weitere einstweilige Verfügung des Polizeivizepräsidenten Weiß gegen den „Angriff“, nach der es dem „Angriff“ bis zum 31. Juli untersagt ist, zu behaupten, daß Weiß gegen die Devisenverordnung verstoßen habe, dem verbotenen Glücksspiel gehuldet und pflichtwidrig Bauerlaubnisse und Konzessionen verschafft habe. Auch Behauptungen wie, daß Weiß nicht über die moralischen Qualitäten verfüge, bei der Stadt Berlin das hohe Amt eines Polizeivizepräsidenten einzunehmen, sind im „Angriff“ auf Grund dieser einstweiligen Verfügung verboten.

Dagegen wies die Kammer den Erlaß einer einstweiligen Verfügung des Polizeipäsidenten Grzesinski gegen den „Angriff“ zurück, wonach dem „Angriff“ verboten werden sollte, zu behaupten, daß Grzesinski als früherer preußischer Innenminister in dienstlicher Eigenschaft mit seiner damaligen Geliebten nach Wien gereist sei. Die Kammer hat sich in diesem Falle auf den Standpunkt gestellt, daß der „Angriff“ im wesentlichen keine unrichtigen Angaben gemacht hat.

Die Demagogie in der Behauptung über Grzesinski besteht darin, daß sie von oberflächlichen Lesern so verstanden wird — und wohl auch verstanden werden soll —, als habe Grzesinski Dienstgelder für die Reise seiner jetzigen Frau nach Wien verwendet. Die vom Gericht für zulässig erklärte Äußerung des „Angriff“ läßt jedoch die Frage, wer die Reise von Frau Grzesinski bezahlt hat, offen. Daß ein Beamter sich auf einer Dienstreise von einer Privatperson begleiten läßt, ist jedoch, wenn er deren Reise aus seinen privaten Mitteln finanziert, in Deutschland einstweilen noch nicht verboten.

Plus und Minus der Einheitsfront.

Die sozialistische Presse wird mit Herstellung der Einheitsfront besser; denn die Beschimpfung des Klassengenossen wird unterbleiben. Viele, die angewidert die sozialistischen Zeitungen abbestellt haben, werden wieder zu Beziehern werden.

Die Flugblätter werden wieder gelesen, denn sie werden sachlicher.

Die Versammlungen werden wieder besucht, denn es werden gemeinsame Aktionen beraten.

Die Demonstrationen werden überwältigend, denn die Parole der Einheit wird all die Müden, Lauen, Entmutigten, Verzweifelten mitreißen, wie es in Tellow und Bernau, in Oranienburg und Göttingen, in Duisburg und vielen anderen Orten der Fall gewesen ist, wie es vor allen Dingen der Fall war beim Rathenau-Mord vor 10 Jahren, als allein in Berlin 800 000 Menschen gegen die Mordbanditen demonstrierten.

Die Betriebe werden mobilisiert, denn der Feuersturm der Einheit wird die Arbeiter mit neuer Hoffnung und neuem Glauben an ihre eigene Kraft erfüllen.

Die Gewerkschaften werden wieder parteipolitisch neutralisiert, denn ihre Funktionäre werden bei Bruch der Neutralität den Widerstand der die Einheit verteidigenden Arbeiterschaft finden.

Die Gewerkschaften können andererseits, gestützt auf die Millionenarmee der geeinten Arbeiterschaft, die Angriffe auf Tarif, Lohn, Urlaub, Sozialversicherung mit unwiderstehlicher Kraft abwehren. Sie werden verlorenes Vertrauen zurückgewinnen, sie werden ihre in Millionenauflage erscheinenden Zeitungen, die in den entferntesten Winkel Deutschlands kommen, zu Organen der Einheit der Arbeiterbewegung machen. Sie werden die Sudler, die mit dem Gift ihrer Feder und ihrer korrumpierten Gesinnung die Einheit sabotieren, das Handwerk legen können, weil nicht mehr die Fraktionszugehörigkeit dies völlig unterbindet.

Die Straße wird wieder den Arbeitern gehören, die sie gebaut haben. Die braunen Mordbuben werden vor der Macht der geeinten Arbeiterschaft weichen müssen.

Man braucht nicht viel realistische Phantasie, um all die Vorteile einer Einheitsfront aufzuzeigen. Die Lohnempfänger, Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger, Wohnungslosen und Hungernden, die geistigen Arbeiter, sie alle können nur gewinnen. Es gibt kein Minus in der Frage der Einheitsfront außer dem einen großen Minus auf der Seite der Reaktion.

Die eine Aktion der gemeinsamen Wahlliste kann eine ganz neue Ära des Fortschritts einleiten, sie kann zu einer festen Stufe auf dem Weg zum Sozialismus werden.

Wir Arbeiter stehen oft zusammen, bei Abwehr von Willkür im Betrieb, wir stehen heute oft zusammen an den Leichen niedergeschlagener Genossen, wir stehen zusammen an den offenen Gräbern ermordeter Klassengenossen.

Arbeiter, Genossen, laßt aus dem Leid um die Ermordeten die große Kraft erwachsen, die den Saboteuren der Einheitsfront ihr verbrecherisches Handwerk legt.

Hans Dohrenbusch.

Zurück in die Gewerkschaften. Schluß mit der RGO!

H. D. In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe Kollegen wegen oppositioneller Tätigkeit aus den freien Gewerkschaften ausgeschlossen worden. Viele von ihnen möchten nach den trüben Erfahrungen mit der RGO wieder in die freien Gewerkschaften zurück. Daß diesen Kollegen die Möglichkeit zur Rückkehr gegeben werden sollte, ist auch die Meinung vieler DMV-Kollegen, wie fünf Anträge zum Verbandstag des DMV beweisen, die inhaltlich etwa folgendem Antrag entsprechen:

„Ruha. In den letzten Jahren ist eine erhebliche Anzahl von Mitgliedern aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband deswegen ausgeschlossen worden, weil sie offen und aktiv die von der Kommunistischen Partei betriebene RGO-Politik innerhalb des Verbandes unterstützten und durchführten.“

Viele der ehemaligen Verbandsmitglieder haben durch die praktischen Folgen, zu denen die RGO-Politik geführt hat, die Unsinnigkeit dieser RGO-Politik erkannt und sind bereit, die begangenen Fehler durch eine aktive Mitarbeit innerhalb des Verbandes wieder gutzumachen.

Aus diesem Grunde beschließt der Verbandstag, allen wegen Befolgung der von der KPD und der RGO gegebenen Weisungen, insbesondere all denen, die wegen der Kandidatur auf sogenannten „Roten“ Betriebsratslisten ausgeschlossen worden sind, die Möglichkeit zu geben, wieder in den Verband

einzutreten, unter der Voraussetzung, daß die Betreffenden die Statuten des Verbandes anerkennen und die Verpflichtung übernehmen, die Kampfdisziplin des Verbandes zu beachten und danach zu handeln.“

In diesen Anträgen wird mit aller Deutlichkeit von den zurückkehrenden Kollegen die Anerkennung des Verbandsstatuts verlangt. Es besteht also rechtlich kein Grund, diese Kollegen nicht wieder in die Front der Gewerkschaften einzureihen. Der Ausschuß, soweit er nicht wegen Streikbruch, Unterschlagung, Denunziation oder anderer ehrloser Handlungen erfolgte, sollte also rückgängig gemacht werden. Es ist dies einer der besten Wege, der verwerflichen Politik der RGO das Wasser abzugraben.

Ein französischer Genosse erzählte uns vor kurzem in Köln, wie die Gewerkschaften in Frankreich durch die Rückkehr der oppositionellen Kollegen ständig an Einfluß und Macht gewinnen, weil ja durch die große Zurückdrängung der RGO in Frankreich die Gewerkschaften mehr und mehr den Kampf ausschließlich gegen die Kapitalisten führen können, anstatt ihre Kräfte im Bruderkampf zu verzetteln. Der Verbandstag des DMV hat über die vorliegenden Anträge zu entscheiden. Wenn er klug und im Interesse der Gewerkschaftseinheit verfahren will, dann macht er den zur Rückkehr bereiten Kollegen

die Tore weit auf.

Arbeitermassen bejubelt und beklatscht. Ehrliche Freude lag auf allen Gesichtern. Mancher Arbeiter, der nur als Zuschauer dabei war, hat den Entschluß gefaßt, sich in eine solche Einheitsfront einzureihen.

Die Rede des Sozialdemokraten trug leider der durch die Freimütigkeit der Kommunisten plötzlich eingetretenen Situation nicht genügend Rechnung. Die Aufforderung zur Wahl der SP hätte er unterlassen sollen.

Allen Zweiflern und Widerstrebenden in der Arbeiterschaft und allen sonstigen Feinden der Sozialistischen Einigung ist durch diese Demonstration ein gewaltiger Schlag versetzt worden. Wir haben wieder einmal gesehen, wie schnell die Einigung der „Einheitsfronten“ möglich ist, wenn nur jemand sich zum ersten Schritt entschließt.

Wir alle, die dabei waren, haben gespürt, welche gewaltige Kraft von einer so dem alten Solidaritätsgedanken dienenden Kundgebung der gesamten Arbeiterschaft ausgeht.

In Kassel hat die KP den ersten kleinen Schritt getan! Wann tut das ZK den größeren? Wann tut der ADGB den von Millionen erwarteten ganz großen Schritt?

Thomas Bata verunglückt.

Der tschechische Schuhindustrielle Thomas Bata ist am Dienstag morgen kurz nach dem Start zu einem Flug in die Schweiz abgestürzt und dabei tödlich verunglückt.

Bata, dessen Vater ein herumziehender Händler war, der Hausschuhe verkaufte, hat sich, in seiner Jugend durch eisernen Fleiß, dann später mit dem Anwachsen seiner Macht durch die rücksichtslose und geschickte Anwendung aller ihm zur Verfügung stehenden Ausbeutermethoden eine Stellung als „Schuhkönig“ erobert, dessen Einfluß weit über die Grenzen der Tschechoslowakei hinausreichte.

570 000 Mark werden ausgegeben zum Wiederaufbau des Rohbaus des abgebrannten Stuttgarter Schlosses. So beschloß der Finanzausschuß des württembergischen Landtags. Die Innenreparatur wird bedeutend mehr kosten.

Durch eine Explosion in der Brikettfabrik der Zeche Alsteden wurden fünf Arbeiter verletzt.

Erleichterungen im deutsch-belgischen Reiseverkehr treten am 14. Juli in Kraft: deutschen Reisenden wird auf Antrag genehmigt werden, nach belgischen Kurorten über die Freigrenze hinaus bis zu 500 Mark Devisen im Laufe eines Monats mitzunehmen.

Außerordentliche Wasservorhoerungen sind am Montag und Dienstag im bayrischen und württembergischen Allgäu angerichtet worden: Wolkenbrüche, Ortschaften unter Wasser, aufgerissene Straßen, unterspülte Bahndämme, weggerissene Brücken.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich

2,- RM. zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftf. W. Eicher, Berlin. Anzeigen: R. Lippman, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janszowski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabether 28/29.

Kommunistische Freimütigkeit

ermöglicht eine gemeinsame Demonstration der Kasseler Arbeiter.

W. K. Am Dienstag dieser Woche hatte die „Eiserne Front“ zu einer Demonstration aufgerufen. Vom Bahnhof sollte die Freiheitsfahne der Hamburger Erwerbslosen abgeholt werden. Anschließend war auf dem größten Platz der Stadt eine Kundgebung angesetzt.

Eine große Zuschauermenge hatte sich eingefunden. Der Demonstrationzug rückte an, voran die „Eiserne Front“ mit der eingeholten Fahne. Freiheitsrufe ertönten ununterbrochen. Hinter der „Eisernen Front“ marschierten die Kommunisten in großer Zahl mit ihrer Hammer- und Sichel-Fahne. Sie wurden mit „Freiheits“-Rufen empfangen, die sie mit „Rot-Front“-Rufen beantworteten. Minutenlang wurde dieses Zusammengehen von den zusehenden und mitmarschierenden

ISK

7. JAHRGANG 7. HEFT JULI 1932

Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

*

MINNA SPECHT:

Die politische Bedeutung des Charakters.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probennummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

MAGDEBURG

Pflanzen-Butter

(vegetable Margarine) garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:

Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM. Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus

Ernst Held, Magdeburg

Otto v. Guerickestraße 104.

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen MaBanzug.

aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch noch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto v. Guerickestr. 104. H. v. I.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barossastraße 8.

Telephon: 23 53 42

BERLIN

DIE KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987

6.-13. Juli:

Silly: Ein Mitternachtspuk.

Flick und Flockie

im Gespensterschloß.

C. Th. Dreyer: Die seltsamen

Erlebnisse des David Gray

(Vampir).

Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Das Fiasko der Demokratie und in dessen Gefolge die drohende Gefahr der kalten Faschisierung mahnen jeden Sozialisten, den Aberglauben an die Macht der Mehrheit zu brechen.

Diesem Gebot der Stunde nachzukommen, brachten wir soeben in dritter, unveränderter Auflage heraus:

Demokratie und Führerschaft.

Von LEONARD NELSON.

Dritte Auflage, 176 Seiten.

Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postscheckkonto: Berlin 818 42.

Rabenmüller und Genossen:

Sprengstoff, KPD und Reichsgericht.

H. Lt. Fast vier Wochen dauerte der Prozeß gegen Rabenmüller und Genossen. 24 Angeklagte standen vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts, mit 2 Ausnahmen alles Funktionäre, Mitglieder oder Sympathisierende der KPD. Am 9. Juli hagelte das Urteil auf sie nieder:

Zuchthaus, Zuchthaus, und noch einmal Zuchthaus!

Insgesamt:

54½ Jahre Zuchthaus und 90 Jahre Ehrenverlust für 13 Angeklagte,

12¼ Jahre Festung und ½ Jahr Gefängnis für 9 Angeklagte.

Zum Beispiel:

Ueberbrück: 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust,
Bethmann: 7 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust,
Michaelis: 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust,
Rakow: 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust,
Börner: 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust,
Rabenmüller: 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrenverlust.
Und so weiter! 2 Angeklagte wurden freigesprochen.

Vorbereitung zum Krieg.

Was haben diese Menschen getan? Haben sie gemordet und gemartert? Haben sie aus Profitsucht ihren Nächsten das Mark aus den Knochen gesogen? Haben sie künstlich Unmündige verhindert, zur Bildung zu gelangen?

Rabenmüller und Genossen haben in Thüringen und Schlesien Sprengstoff gesammelt und ihn mit Koffern nach Berlin und Hamburg geschafft. In Berlin fertigten einige von ihnen Sprengkörper aus Kohlen an. Verschiedene Angeklagte hatten Bücher über „Kriegskunst“ und über „Brückensprengungen“ zu Hause. Ferner fand man bei ihnen in Thüringen 45 Schußwaffen, die aus der Zeit des Kapp-Putsches stammen mögen. Kurzum: die Verurteilten hatten sich auf einen Bürgerkrieg gerüstet.

Werden eigentlich Kriegsrüstungen stets so hart bestraft? Lichtenberg sagte: „Es werden Kriege geführt über Ursachen, die im gemeinen Leben den Galgen verdienen.“

Waren die Beweggründe der zu 90 Jahren Ehrenverlust Verurteilten unehrenhaft?

Keine andere Möglichkeit der Abwehr?

Bethmann (7 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust) erklärte freimütig: Im Jahre 1930 habe, wie das Gericht ja wisse, die Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise auch eine Erhöhung und vor allem eine Vertiefung der faschistischen Gefahr gebracht. Es seien Morde über Morde von den Nationalsozialisten verübt worden. Man habe damit gerechnet, daß das Dritte Reich endgültig mit Gewalt errichtet werden solle. Die Nationalsozialisten hätten über reichliche Vorräte an Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten verfügt. Die Arbeiterschaft habe nicht die Absicht, sich willenslos abschlagen zu lassen. Die Lage sei zwischen ihm und einigen besonders sifrigen Genossen besprochen worden. Sie hätten den Beschluß gefaßt, etwas Bestimmtes zu unternehmen.

Und Ueberbrück (8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust) fügte hinzu: Gegen das freche Auftreten der Nazis banden sei eine andere Möglichkeit der Abwehr gar nicht mehr vorhanden gewesen.

Kesseltreiben gegen die KPD.

Kriminalkommissar Feil wurde vom Gericht gefragt, wie er die Angeklagten als Menschen einschätze. Darauf Feil: Sie seien im großen und ganzen nur die willfähigen Opfer jener Drahtzieher gewesen, die rechtzeitig flüchten konnten. Er finde es merkwürdig, daß gerade die kleinen Leute herangehetzt wurden, während andere sich die Finger nicht verbrannten. Beispielsweise hätte sich der preussische Landtagsabgeordnete Dudditz bei seiner Immunität doch ganz gut am gefährlichsten Teil der Handlung beteiligen können. Im übrigen stehe er auf dem Standpunkt, daß die ganze Angelegenheit aus der Kasse der KPD finanziert worden sei. — Der Nachweis dafür wurde nicht erbracht.

Oberstaatsanwalt Eichler meinte trotzdem, die Verhandlungen hätten eindeutig ergeben, daß die KPD planmäßig Waffen und Sprengstoffe sammle und daß sie Sprenggruppen eingerichtet habe. Es sei höchst merkwürdig, daß vier der Angeklagten sich schon in Rußland aufgehalten hätten. Gegen den nachher freigesprochenen Ingenieur Gloth beantragte er 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenverlust, obwohl Gloth nichts anderes nachgewiesen worden war, als daß er in Rußland gewesen sei, in China ein Guthaben von 35 000 Gold-Yen habe und sechsmal mit dem Angeklagten Bethmann und dem flüchtigen Gutsche zusammen gesehen worden sei. Der Staatsanwalt schloß seine Wut-Rede mit den Worten: „Wem jetzt über die ungeheure Gefahr, die die KPD darstellt, noch nicht die Augen geöffnet sind, dem ist nicht zu helfen. Diese werden erst klug werden, wenn Tausende von Menschen dahingemordet sind.“

Hat die NSDAP diese Mordsumme nicht bereits erreicht? Waren denn die Verurteilten etwa grundlos überzeugt, sich gegen die NS zur Wehr setzen zu müssen? Wer öffnet diesem Staatsanwalt die Augen?

Zwei Belehrungen.

Als die Verhandlungen zu Ende waren, sagte der Verteidiger Löwenthal zu einigen Angeklagten:

„Nach der Urteilsverkündung kostet der Ruf ‚Nieder mit der Klassenjustiz‘ und das Absingen der ‚Internationale‘ nur drei Tage Haft, aber das macht bei Ihnen ja nichts mehr!“

Der Gerichtsvorsitzende Coenders, dem diese Äußerungen durch Polizisten hinterbracht wurden, erklärte:

Die Rechtsbelehrung durch den Verteidiger ist nicht ganz zutreffend. Es kann nämlich unter Umständen mehr als 3 Tage Haft kosten. Man könnte auch Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in einer solchen Handlung erblicken.

Daß das Reichsgericht auch noch so etwas fertig bringt, glauben wir ihm nach allen seinen bisherigen Leistungen aufs Wort.

Oppenheimer, der Anwalt der freien Konkurrenz.

Da unsere Wiedergabe von Oppenheimers Rede bei der Berliner Nelson-Gedenkfeier infolge eines Druckfehlers teilweise nicht verständlich ist, wiederholen wir hier seine Antwort an diejenigen, die behaupten, der Kapitalismus sei das System der freien Konkurrenz:

„Der Kapitalismus ist nicht das System der freien Konkurrenz, und daher ist die freie Konkurrenz an all den schlimmen Dingen unschuldig, deretwegen sie verurteilt worden ist. Ich betreibe das Wiederaufnahmeverfahren gegen diese unschuldige Dulderin vor dem Tribunal der Wissenschaft, und ich werde ihre Freisprechung und Wiedereinsetzung in ihre frühere Würde noch durchsetzen.“

Kontrolliert die Stimmlisten,

die bis zum 17. Juli ausliegen.

Reichsdeutsche, die sich während des Wahltages im Freistaat Danzig aufhalten, haben Gelegenheit, zu wählen: für den ermäßigten Preis von 4 Mark können sie von Zoppot nach Pillau und zurück fahren, um dort abzustimmen.

„Volkeblatt für Anhalt“ auf 10 Tage verboten

c Dessau, 12. Juli.

Das sozialdemokratische „Volkeblatt für Anhalt“ in Dessau ist nach einem Beschluß des Anhaltischen Staatsministeriums von Dienstag ab auf zehn Tage verboten worden. Begründet wird das Verbot mit der Hetze des Blattes, die zu dem jetzigen Blutvergießen geführt habe.

„Kinder hungern, Kinder sterben! Wir klagen an!“

H. D. Unter diesem Titel ist von der IAH eine Broschüre zum Preise von 10 Pf. herausgegeben worden. Verfasserin ist die Reichstagsabgeordnete Martha Arendsee.

Das Tatsachenmaterial, das in dieser Broschüre zusammengetragen ist, ist erschütternd.

In einem Haus im Norden Berlins waren von 26 ärztlich untersuchten Kindern nur 7 einigermaßen gesund. Besonders schlimm war der Zustand der Kinder unter 6 Jahren. Bei jedem vierten Kind waren die Zähne angefault oder fehlten zum Teil. In fünf von den Familien mit 3 und 4 Kindern wurde Tuberkulose der Lunge oder der Lymphdrüsen festgestellt. Die meisten Mütter dort sind unterleibskrank. Auf 45 Lebendgeburten kamen bei diesen Müttern 37 Fehlgeburten. Von den 45 zur Welt gekommenen Kindern haben nur 28 das 20 Lebensjahr erreicht.

In Preußen starben durchschnittlich von 1000 Geborenen vor oder während der Geburt 1910: 29,6; 1928 aber 32,4; bei den Unehelichen sogar 48,6.

In Köln kam es zum Schulstreik. Das Gericht mußte 49 Arbeitereltern freisprechen, weil die Not in diesen Familien so groß war, daß man den Eltern nicht zumuten konnte, ihre Kinder in die Schule zu schicken.

In einer Duisburger Volksschule wurde festgestellt: 13 Prozent der Kinder haben nur ein Hemd, 38 Prozent nur zwei Hemden, 38 Prozent haben in diesem Winter nicht einen Fetzen Unterzeug am Leibe gehabt; nur ein Paar Strümpfe, also kein Paar zum Wechseln, haben 24 Prozent der Kinder. Nur zwei Paar Strümpfe haben 42 Prozent, nur ein Kleid oder nur einen Anzug, der zum Teil schon unbrauchbar ist, haben 86 Prozent. Diese Kinder können nie ihr Kleid wechseln. 11 Kinder haben überhaupt keine Schuhe; sie sind in diesem Winter barfuß zur Schule gekommen. Nur ein Paar Schuhe, zum großen Teil kaum zu tragen, haben 68 Prozent der Kinder. Keine Mäntel hatten in diesem Winter 82 Prozent der Kinder.

Knapp ein Viertel der preussischen Schulkinder wurde 1930 untersucht. Dabei stellte sich heraus, daß nur 38,9 Prozent

der Schulkinder gut genährt, 49 Prozent gerade befriedigend ernährt und 12,3 Prozent unterernährt sind. Selbst wenn man diese Prozentsätze zugrunde legt, ergibt sich, daß bereits im Jahre 1930

530 000 Schulkinder in Preußen unterernährt waren.

Der Kreisarzt in Marienwerder hat festgestellt, daß in einer Stadtschule von etwa 300 Kindern 56 ohne Frühstück in die Schule kamen.

Nach den neuesten Berichten der Regierungspräsidenten ist in Berlin und in fünf Kreisen der Bezirke Magdeburg, Wiesbaden und Düsseldorf Zunahme der Tuberkulose bei Schulkindern festgestellt worden.

Ich bin bei Aufzählung dieser Tatsachen der Broschüre gefolgt.

Wer ist schuld?

Die preussische „Denkschrift über den Gesundheitszustand der Kinder in den Volksschulen“ vom 2. März 1932 liefert dazu folgende Berichte:

„Nach den jetzt vorgelegten Berichten der Regierungspräsidenten sind bereits 63 Schulärzte entlassen und die schulärztliche Fürsorge ist in 33 Kreisen eingestellt, in weiteren 54 Kreisen dahin eingeschränkt worden, daß nur noch einige Lehrgänge der Schulkinder schulärztlich untersucht werden.“

„Die Röntgenuntersuchungen tuberkuloseverdächtiger Schulkinder können nur noch in beschränktem Umfang durchgeführt werden.“

„6 Schulzahnkliniken sind geschlossen worden, 19 Schulärzte entlassen worden.“

2 Kinderkrankenhäuser wurden geschlossen, darunter eines für tuberkulose Kinder; ebenfalls 39 Kindererholungsheime.

Die Entsendung von Schulkindern in Kurorte, in waldreiche Gegenden und an die See sowie die Entsendung zur Erholung aufs Land ist von 3 Kreisen eingestellt, von 25 Kreisen eingeschränkt worden.

Schulbäder wurden in 27 Kreisen geschlossen und in 86 Kreisen durch Verminderung der Badetage beschränkt.

Das orthopädische Turnen für Rückenschwächlinge wurde in Berlin, Quedlinburg, Gelsenkirchen, Warendorf, Minden und Hanau eingestellt.

Der Skandal um die Evangelische Zentralbank.

In der Berufungsverhandlung gegen das frühere Vorstandsmittglied der Evangelischen Zentralbank, Friedrich Paul Runck und dessen Bruder, den Diplomkaufmann Adolf Runck, wurde nach einwöchiger Verhandlung die Berufung sowohl der Staatsanwaltschaft wie auch der Verteidiger verworfen, lediglich mit der Maßgabe, daß die Strafe von zwei Jahren Gefängnis, die Adolf Runck wegen Beihilfe zum Depotverbrechen und wegen Betruges erhalten hatte, auf zwei Jahre drei Monate Gefängnis erhöht wurde, sodaß er jetzt die gleiche Strafe empfangen hat wie sein Bruder Friedrich Paul Runck. Die Strafkammer hat den Verlust, den das Reich durch den Zusammenbruch der Evangelischen Zentralbank erlitten hat, schärfer angesehen, als das Gericht erster Instanz. Die Evangelische Zentralbank hatte bei ihrem Zusammenbruch einen Verlust von einer Million Mark

Wer fährt wohl im „Wohlfahrtsstaat“?

Brünings Selbsterkenntnis.

Brünings wandte sich dann scharf gegen die Regierung von Papen, in der das Christentum genannt, zugleich aber auch das Wort über den Wohlfahrtsstaat gebraucht worden sei. In den vergangenen zwei Jahren hätten wir keinen Wohlfahrtsstaat gehabt, höchstens einen Wohlfahrtsstaat für den Großgrundbesitz des deutschen Ostens. (Aus einem Bericht über eine Wahlrede Brünings in Breslau am Montag.)

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages

ist jetzt endlich einberufen worden; und zwar — auf Veranlassung Löbes — von dem ältesten Mitglied des Ausschusses, dem Sozialdemokraten Heimann. Am Freitag, 22. Juli, soll der Ausschuß zusammentreten. Pfleger von der Bayerischen Volkspartei hat beantragt, Straßer als Vorsitzenden abzuberufen. Dieser Antrag soll am 22. Juli auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Nazis und Papens Notverordnungen.

Die Einberufung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages auf den 22. Juli hat die der Reichswehr nahe stehende „Berliner Börsen-Zeitung“ in Harnisch gebracht.

„Die Reichsregierung“ — so heißt es da — „hätte ... allen Grund, dem verfassungswidrigen Beginn der Herren Löbe und Heimann einen Riegel vorzuschleichen und den Zusammentritt des Ausschusses schlankweg zu verbieten; richtet sich doch die Aktion Löbe-Heimann letzten Endes nicht gegen den Abg. Straßer, sondern gegen das Kabinett von Papen.“

Inwiefern? Das sagt dieselbe Zeitung ein paar Sätze vorher: „Der Ausschuß soll zu den Notverordnungen der Regierung Papen Stellung nehmen. Die Nazis möchten natürlich nicht zu einer solchen Stellungnahme genötigt werden. Deswegen der Widerstand Straßers.“

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Essen: Donnerstag, 14. Juli, 80 Uhr, bei Kulbrock, Beneststraße 49. Thema: Die Einheitsfrontpolitik der französischen Gewerkschaften. Redner: Gen. Bertholdt, Paris.

Wirtschaftspolitische Aussprache:

Berlin: Freitag, den 15. Juli, 80 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: „Das Ende der Reparationen? Die Bedeutung der Lausanner Konferenz.“ Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

Die Schulspeisungen wurden in 8 Kreisen eingestellt, in 3 Kreisen eingeschränkt.

Trotz all dieser Ungeheuerlichkeiten würden die preussischen Staatszuschüsse im Wohlfahrtsstat 1932 erneut abgebaut.

| | |
|----------------------------|------------------------------|
| Bekämpfung der Tuberkulose | von 760 000 M auf 150 000 M. |
| Schulgesundheitspflege | von 64 800 M auf 15 000 M. |
| Kruppfürsorge | ganz gestrichen |
| Seuchenbekämpfung | von 500 000 M auf 275 000 M. |
| Kinderspeisung | von 720 000 M auf 250 000 M. |

Wenn man diese Zahlen liest und gleichzeitig erfährt, daß der preussische Staat für die Renvereine 6,4 Millionen Mark Unterstützung bewilligt, so will man seinen Augen nicht trauen.

Die Kräfte, die sich in der Arbeiterbewegung zur Abwehr des größten Unrechts an den Kindern regen, sind, gemessen an diesem Elend, an dem die dafür Verantwortlichen ohne wirksame Gegenmaßnahmen vorbeigehen, gering. Gemessen an dem Beispiel praktischer Solidarität ist es viel, was u. a. die Internationale Arbeiterhilfe in ihrem zehnjährigen Bestehen für ihr Kinderhilfswerk getan hat.

Insgesamt wurden aufgebracht:

| | |
|---|------------|
| Für Gründung und Erhaltung von Kinderheimen | 892 000 M. |
| Für Kindertransporte, Kinderferienhilfe, Ferienwanderungen, Zeltlager | 476 000 M. |
| Für allgemeine Kinderhilfe | 297 000 M. |

Sicher würde auch mit den wenigen Mitteln, die der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, mehr erreicht werden können, wenn diese Hilfsarbeit, die jetzt von verschiedenen Organisationen gemacht wird — wir nennen hier nur die Internationale Arbeiter-Hilfe, die Internationale Hilfsvereinigung, die dissidentische Fürsorge, die Arbeiterwohlfahrt — etwas zusammengelgt würde. Das würde allerdings bedeuten, daß einige dieser Organisationen den Charakter eines reinen Parteiunternehmens, den sie jetzt haben, aufgeben müssen. Das würde wahrscheinlich die Sammlung der Mittel für Kinderhilfe erleichtern, weil viele lieber geben werden, wenn sie wissen, daß für die Verteilung nicht das Parteibuch der Eltern, sondern die Bedürftigkeit der Kinder ausschlaggebend ist.

Kinder hungern! Kinder sterben! Kinder klagen an!
Kinder verlangen Solidarität!

Zuckerfabrik Aarberg.

Ein Blick hinter die Kulissen einer Subventionsindustrie.

Das größte, die Schweizer Produktion völlig beherrschende Unternehmen der Schweizer Zuckerindustrie ist die *Zuckerfabrik Aarberg*, die im Jahre 1899 gegründet wurde.

Die Gründung dieser Fabrik war ein *völlig überflüssiges* Unternehmen. Sie erfolgte vorwiegend aus „nationalen“ Gründen und zur „Förderung der Landwirtschaft“, wie man zu sagen beliebt. In allen anderen Ländern waren Zuckerfabriken entstanden, die zwar auch nach der Schweiz zu billigen Preisen lieferten. Aber nach Ansicht der Gründer und der diesen wohlgesinnten Schweizer Regierung war es geradezu eine Lebensnotwendigkeit für „die Schweiz“, eine „eigene“ Zuckerfabrik zu besitzen. Wenn es galt, derartige vaterländische „Belange“ zu wahren, mußten die einheimischen Zuckerverbraucher und Steuerzahler mit ihren kleinsten Interessen, auf deren Kosten das Unternehmen arbeitet, zu allen Opfern bereit sein!

Zunächst stieß die Beschaffung der für die Fabrikation notwendigen Zuckerrüben im Inland auf Schwierigkeiten. Zum Teil mußten die Rüben aus Frankreich bezogen werden, zum Teil versuchte die Fabrik ihren Rübenbedarf im Eigenbau zu erzeugen. Im Januar 1899 verlangte der Verwaltungsrat der Fabrik vom Großen Räte des Kantons Bern die Einführung von *Anbauprümiën*. Sie wurden prompt bewilligt. *Erste Subvention.*

Trotzdem wollte es mit der eigenen Rübenproduktion in der Schweiz nicht recht klappen, weil die Weltmarktpreise noch ziemlich unter den Schweizer Preisen lagen. Erst nachdem im Jahre 1903 die Brüsseler Zucker-Konvention die auf die Welthandelspreise drückenden *Exportprämien* der anderen Zucker ausführenden Länder beseitigte, wurde die Rüben-erzeugung in der Schweiz konkurrenzfähiger; und die Anbauprämie wurde nicht mehr ausbezahlt.

Von Anfang an bestand in der Schweiz ein *Zuckerzoll*. *Zweite Subvention.*

Wenn man nun etwa glauben würde, die Schweizer Bauern hätten diesen Zoll gern gesehen, weil er ihnen den Zuckerrübenbau bei höheren Preisen ermöglichte, so *irrt man sich. Ganz im Gegenteil!*

Im Jahre 1901 begehrte der Schweizerische Bauernverband in einer Eingabe die *Beseitigung* des Zuckerzolles, um dadurch der Milchindustrie und der Landwirtschaft zu billigerem Zucker zu verhelfen.

Um nun die Schweizerischen Kondensmilch- und Schokoladefabriken, die als Zuckergroßverbraucher auch unter dem Zuckerzoll zu leiden haben, nicht allzu sehr zu schädigen und um sie exportfähig zu erhalten, werden dieser Industrie *Zollrückvergütungen* gewährt.

Die *Einfuhr* von Zucker ist bedeutend. Trotz der stolzen nationalen Zuckerindustrie befriedigt die Schweiz nur etwa 4 (in Worten vier) Prozent ihres Zuckerbedarfes durch eigene Erzeugung aus Zuckerrüben. Um diesen nationalen Erfolg zu erzielen, war eine Zollpolitik notwendig, die den Zucker-verbrauchern allgemein den Zucker verteuert. Zudem werden dadurch die Handelsbeziehungen zu den Hauptimportländern Tschechoslowakei (von dort kommen 58 Prozent der Gesamtzuckereinfuhr), Deutschland (14 Prozent) und Belgien (14 Prozent) nicht gerade gefördert. In diesen Ländern wird mindestens die *Neigung* hervorgerufen, die Einfuhr schweizerischer Erzeugnisse zu erschweren.

Die Zuckerfabrik Aarberg gibt in ihrem Geschäftsbericht von 1929/30 ganz offen zu, daß die Rentabilität „nur dank staatlicher Maßnahmen möglich“ ist.

Das Interesse der öffentlichen Körperschaften an der Erhaltung der einheimischen Zuckerindustrie wußte man dadurch zu erhöhen, daß es gelang, den Kanton Bern zur Uebernahme von 500 000 des 850 000 Franken betragenden Aktienkapitals zu bewegen, als im Jahre 1912 die Fabrik niedergebrannt war und der Konkurs drohte. *Dritte Subvention.*

Schon 1909 war das Unternehmen einmal in Konkurs gegangen, wurde dann aber von der Kantonalbank von Bern, die mit 1 1/2 Millionen Franken Hauptgläubigerin war, erworben und ohne Unterbrechung weiter geführt.

Die Fabrik betont wiederholt ihre volkswirtschaftliche Wichtigkeit „auf den verschiedenen Gebieten“, „die im allgemeinen zu wenig bekannt“ sei. Der letzten Ansicht sind wir auch, nur sind wir der Meinung, daß die volkswirtschaftlich *schlechte* Wirkung „im allgemeinen zu wenig bekannt“ ist. Nach ihren eigenen Angaben beschäftigt die Fabrik in den Zeiten der Rübenverarbeitung etwa 700 Arbeiter (Oktober bis Dezember), in der Stillstandsperiode im Sommer jedoch nur 90 bis 100. Diese Arbeiter könnten bei einigermaßen günstiger Wirtschaftslage zweifellos leicht in anderen Industrien untergebracht werden. Ferner ist die Fabrik angeblich einer der größten Kunden der Schweizer Bundesbahnen. Dieses Argument ist natürlich nicht stichhaltig. Denn, würden die durch den Zuckerzoll entstehenden Einfuhrhemmungen wegfallen, dann wäre die Beförderung von Zucker und Zuckerwaren durch die Schweizer Bundesbahnen zweifellos mindestens ebenso groß.

Mit dem Hinweis darauf, die Zuckerfabrik Aarberg gebe einer ganzen Anzahl Bauern Arbeit und Brot, ist es auch nicht weit her. Die Zuckerfabrik muß in ihrem Geschäftsbericht selber zugeben, daß die Aussichten der Rübenbauer unter den gegenwärtigen Umständen *nicht günstig* sind. Ein Bild davon, wie dieser Zuckerrübenbau überhaupt erst künstlich durch Zollpolitik groß gemacht wurde, zeigt auch die Entwicklung der mit Zuckerrüben angebauten Fläche. Es wurden bebaut

| im Jahre | 1917 | 1919 | 1926 | 1929 |
|----------|------|------|------|------|
| ha | 407 | 344 | 1479 | 1102 |

Davon wurde ein großer Teil von der Zuckerfabrik Aarberg selber angebaut.

Aufschlußreich ist schließlich noch der Kampf dieses Monopolunternehmens gegen Gesellschaften, die durch rationelle Verkaufsmethoden die Preise im eigenen Interesse (um den Umsatz zu steigern) und damit gleichzeitig im Interesse ihrer Kunden verbilligen wollen, nämlich gegen die Einkaufsgesellschaft „Union“ und die „Migros A.-G.“ (Siehe auch Nr. 23 und 82 des „Funke“.) Der „Verband schweizerischer Grossisten der Kolonialwarenbranche“ steckte sich hinter seine Lieferfirma, die Zuckerfabrik Aarberg. Er setzte unter Ausübung eines wirtschaftlichen Druckes seinen Willen durch:

die genannten Firmen wurden nicht mehr von Aarberg aus beliefert oder ihnen wurden sehr hohe Preise angedreht, die ihnen die Konkurrenzfähigkeit nahmen. Dieser Boykott zwang beispielsweise die Migros A.-G., ihren Bedarf an Würfelzucker im Ausland zu decken. Mehr als die Hälfte der Würfelzuckereinfuhr in die Schweiz aus Frankenthal und rund ein Viertel der Gesamteinfuhr dieser Zuckersorte im Jahre 1930 entfällt auf Bezüge durch die Migros A.-G.

So werden also die Interessen der „Landwirtschaft“ auf Kosten der Verbraucher gewahrt, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch die angeblich erstrebte „Unabhängigkeit vom Ausland“ wieder durchbrochen wird. R. Höll.

Arbeiter und Bauern in Persien.

In der persischen Landbevölkerung gährt es. Kein Jahr vergeht ohne Bauernaufstände. Sie werden jedoch mit allen der Regierung zu Gebote stehenden Mitteln unterdrückt. Was ist die Ursache dieser Bauern-Erhebungen?

Das Elend der Landbevölkerung.

Rund 80 Prozent der persischen Bevölkerung, die auf 11 bis 12 Millionen geschätzt wird, sind Bauern.

Rund 80 Prozent des für Landwirtschaft geeigneten Bodens befindet sich in Händen weniger tausend Großgrundbesitzer.

Die persischen Bauern sind wirtschaftlich und politisch völlig rechtlos. Sie haben kaum das Notwendigste zum Leben. Hohe Pachtzinsen, die in der Regel 50 bis 60 Prozent des Bodenertrages ausmachen, und Steuern, die die Großgrundbesitzer restlos auf die Bauern abgewälzt haben, haben zu einer erdrückenden Armut der Landbevölkerung geführt. Die Bauern nehmen Darlehn auf zu Wucherzinsen, sie verkaufen ihre Ernte im voraus und sind so im Laufe der Jahre in völlige Abhängigkeit von den Grundherren geraten.

Die Folge dieses Elends ist eine starke Landflucht. Fruchtbare Länderereien liegen brach, weil die verhungerten und entrechteten Bauern es vorziehen, als Bettler in der Stadt zu leben.

Im persischen Parlament haben die Bauern überhaupt keine Vertretung. Von den insgesamt 136 Abgeordneten sind 120 Großgrundbesitzer, die natürlich alles tun, um die Bauernbefreiung zu verhindern. Denn auf der Unterdrückung des Bauernstandes ist ja die Macht der Großgrundbesitzer begründet.

Die ausgebeuteten Industriearbeiter.

Die Lage der Industriearbeiter ist nicht besser. Die wichtigsten Industrieprodukte Persiens sind Teppiche und Petroleum.

USA-Kapitalisten kaufen das persische Außenhandelsmonopol.

Das von der persischen Regierung erlassene Gesetz über das staatliche Außenhandelsmonopol hat seinen Hauptzweck, einen Ausgleich zwischen Ein- und Ausfuhr zu schaffen, *nir erreicht*. Die Einfuhr ist nach wie vor höher als die Ausfuhr. Vielfach gaben die persischen Kaufleute ihre Einfuhr zu niedrig und die Ausfuhrwerte zu hoch an. Außerdem wird behauptet, daß ein roger illegaler Einfuhr-Handel besonders mit der Sowjet-Union bestehe, wodurch Persien immer wieder Devisen entzogen werden, während die persische Ausfuhr unter der Weltwirtschaftskrise sehr zu leiden hat.

Die persische Regierung will wegen ihrer schlechten Erfahrungen das

staatliche Außenhandelsmonopol privatisieren.

Die Regierung hofft, auf diese Weise einen Teil der bisherigen Schwierigkeiten zu umgehen. Geplant ist die Gründung eines *Syndikats für den Exporthandel*.

Es wird eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 3 Millionen Tomann (rund 4 Millionen Mark) gegründet, wovon zunächst ein Drittel eingezahlt werden soll. An dieser Aktiengesellschaft wollen sich amerikanische Kapitalisten zu 50 Prozent beteiligen, und zwar über die „Persian American Trade Company“ (Persisch-Amerikanische Handelsgesellschaft), die im Januar 1932 in Delaware gegründet wurde.

ENGLAND

Leicht zunehmende Arbeitslosigkeit: Die amtliche Arbeitslosenziffer ist vom 23. Mai bis zum 27. Juni um 6 037 auf 2 747 343 gestiegen. Sie ist um 82 454 höher als im Vorjahr. *Steigender Einfuhrüberschuß im Juni* (Angaben in Millionen Pfund Sterling):

| | Mai 1932 | Juni 1932 |
|------------------|----------|-----------|
| Einfuhr | 55,7 | 57,5 |
| Ausfuhr | 30,2 | 29,7 |
| Einfuhrüberschuß | 25,5 | 27,8 |

ARGENTINIEN

Arbeitslosigkeit: Die Zahl der Arbeitslosen und ihrer Familien, die ausschließlich auf Wohltätigkeit und gelegentliche Unterstützungen angewiesen sind, wird auf 800 000, das heißt auf 8 Prozent der Bevölkerung geschätzt. Zur Finanzierung öffentlicher Bauten namentlich von Schulbauten, bei denen nur Arbeitslose Arbeit finden sollen, wird nach deutschem Muster eine Beschäftigten-Steuer geplant, die den Namen „Steuer der Solidarität“ erhalten soll.

DEUTSCHLAND

Großhandelsindex: Im Durchschnitt des Monats Juli stand der Großhandelsindex auf 96,2, das heißt: 1 Prozent niedriger als im Vormonat.

Lausitzer Granit-Industrie tot: Die Granitstein-Industrie in Dewitz, Schmölln und Bischoffswerda beschäftigte bei guter Konjunktur 5000 Arbeiter, zur Zeit 500 Arbeiter. Die größten Betriebe werden nunmehr vollständig stillgelegt.

„Funke“ gegen Funke.

Im Finanzausschuß des Bayerischen Landtages bezeichnete es kürzlich Staatssekretär Funke als unverantwortlich, wenn man Maschinenarbeit dort ausführen läßt, wo Handarbeit durchaus am Platze wäre. Allerdings müßte auch das Publikum hier mithelfen; es müßte gewisse Unbequemlichkeiten, die sich daraus ergeben, willig auf sich nehmen.

Wir finden, statt der vorgeschlagenen Handarbeit wäre eine Kopfarbeit hier durchaus am Platze: Staatssekretär Funke sollte sich darum bemühen, die Elemente der Nationalökonomie zu erlernen. Unbequemlichkeiten (6 bis 7 Millionen Erwerbslose), die sich für das bayerische und das ganze deutsche Volk daraus ergeben, daß jene Kopfarbeit nicht geleistet wird, sollte das Publikum nicht mehr wie bisher willig auf sich nehmen! Es müßte mithelfen, solche Geistes-Funken, wie sie der Staatssekretär Funke von sich gibt, schleunigst zu zertreten. — Das ist unsere „Funken“-Meinung. — t.

Die Teppich-Industrie leidet sehr unter der Wirtschaftskrise. Vor der Krise wurden in der Teppich-Industrie einige hunderttausend Frauen, Kinder und Männer beschäftigt für einen Tageslohn von 60 Pfennig bei zehnstündiger Arbeitszeit. Heute lebt der größte Teil dieser Arbeiter vom Betteln.

Das ausschließliche Recht zur Petroleumgewinnung in den erdölrreichen Gebieten Südpersiens hat seit 1890 eine englische Firma, die Anglo Persian Oil Company. Sie bildet einen Machtfaktor, der in den Städten des Petroleum-Gebiets nahezu den gesamten Behörden-Apparat beherrscht.

In diesem Gebiet sind ungefähr 40 000 persische Arbeiter beschäftigt. Bei glühendem Sonnenbrand arbeiten sie 12 bis 13 Stunden am Tag. Irgend welche politischen und gewerkschaftlichen Rechte besitzen sie nicht. Den Versuchen, Gewerkschaften und Arbeiterklubs zu gründen, begegnete die Regierung im Jahre 1929 mit sofortigen Verboten. Als die Arbeiter daraufhin — zum erstenmal in der Geschichte Persiens! — in Streik traten, wurde dieser mit Hilfe persischer Truppen und britischer Kriegsschiffe sofort unterdrückt. Die Führer der Bewegung wurden als Zwangsarbeiter nach nordpersischen Provinzen verschickt.

Auch in Persien ist es völlig deutlich, daß nur ein gemeinsamer Kampf von Arbeitern und Bauern zur Beseitigung der Ausbeutung führen kann. Eine andere Zusammensetzung des Parlaments zum Beispiel würde den Industriearbeitern unmittelbar kaum etwas nützen.

Denn, wenn es nicht gelingt, durch Brechung der Bodensperre die Landflucht abzumägen — und das gelingt sicher nicht allein durch Parlamentsbeschlüsse — so werden die Bettlerscharen weiter in die Städte und Petroleum-Gebiete strömen und die Führung von Lohnkämpfen so gut wie unmöglich machen. Bey.

Der persische Anteil ist an der zunächst aufzubringenden Summe bereits eingezahlt, jedoch weniger aus Begeisterung der persischen Kaufmannschaft an der Sache, als wegen des von der Regierung ausgeübten „gelinden Druckes“. Der geschäftsführende Vorstand der Gesellschaft wird zur Hälfte aus Amerikanern und zur Hälfte aus Persern bestehen. Zum ersten Präsidenten des Aufsichtsrates, der persischer Staatsangehörigkeit sein muß, wurde der Hofminister Teymour-tache gewählt.

Sichere Einzelheiten über die Vorrechte des Syndikats sind noch nicht bekannt, doch wird vermutet, daß die Gesellschaft das Einfuhrmonopol für Automobile und das Verkaufsmopol für Häute und Tabak bekommen wird. Durch das Einfuhrmonopol für Automobile wird unter Umständen auch die neuerdings zunehmende Einfuhr deutscher Lastautomobile betroffen.

Die Gesellschaft wird nur erfolgreich arbeiten können, wenn sie größere Kredite zur Verfügung hat. Die Persische Nationalbank wird vermutlich Kredite geben; am wichtigsten erscheinen aber die von amerikanischer Seite in Aussicht gestellten Kredite von 3 Millionen Dollar. Die Aussicht auf Auslandskredite dürfte ein Hauptgrund sein, der die persische Regierung zu ihrem Entschluß veranlaßt hat. R. H.

Leicht gestiegene Rohstahl-Produktion bei den Vereinigten Stahlwerken: Die Produktion der wichtigsten Erzeugnisse veränderte sich vom 2. zum 3. Geschäfts-Vierteljahr folgendermaßen:

| | Januar/März 1932 | April/Juni 1932 |
|--------------------|------------------|------------------|
| Kohle | 3 510 000 Tonnen | 3 430 000 Tonnen |
| Koks | 955 000 Tonnen | 955 000 Tonnen |
| Roheisen | 518 000 Tonnen | 517 000 Tonnen |
| Rohstahl | 512 000 Tonnen | 601 000 Tonnen |

Beschäftigtenzahl bei den Vereinigten Stahlwerken leicht gestiegen: Die Zahl der Arbeiter und Angestellten hat sich während eines Jahres folgendermaßen entwickelt:

| | Arbeiter | Angestellte |
|-------------------------------|----------|-------------|
| Ende Juni 1931 | 102 900 | 14 000 |
| Ende September 1931 | 97 100 | 13 600 |
| Ende Dezember 1931 | 84 500 | 12 700 |
| Ende März 1932 | 82 500 | 12 100 |
| Ende Juni 1932 | 83 300 | 11 600 |

Organisierter Naturaltausch: In Düsseldorf wurde eine „Gesellschaft für internationalen Warenaustausch“ gegründet. Die Gesellschaft will insbesondere versuchen, den Handel mit valutastarken Ländern aufrecht zu erhalten (in Frage kommen 33 Länder). Im Aufsichtsrat sitzen unter anderen Vertreter der Gutenhoffnungshütte, der Vereinigten Stahlwerke, der Haus Neuerburg Zigarettenfabrik. Wie wäre es, wenn man an Stelle des Naturaltausches den Abba der Hemmungen des natürlichen internationalen Handels organisierte?